



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

Schneller und ambitionierter beim Klimaschutz

Klimaschutz Höhere Sektorziele allein reichen nicht aus. Wir benötigen endlich eine Gesamtstrategie, mit der wir die vereinbarten Emissionsminderungen tatsächlich erreichen.

www.deutscher-verband.org

Das Bundesverfassungsgericht hat zuletzt zwei wegweisende Urteile gefällt. Zum einen hat es den Berliner Mietendeckel außer Kraft gesetzt. Außerdem geht den obersten Verfassungshüterinnen und -hütern das Klimaschutzgesetz 2030 nicht weit genug: Die darin festgesetzte Emissionsminderung bis 2030 sei nicht ausreichend. Die Bundesregierung hat daraufhin das Klimaschutzgesetz nachgeschärft. Für den Gebäudesektor gibt es höhere Zwischenziele und einen Fahrplan zur Klimaneutralität bis 2045. Doch höhere Sektorziele allein reichen nicht aus. Wir benötigen endlich eine Gesamtstrategie, mit der wir die vereinbarten Emissionsminderungen tatsächlich erreichen.

KOMPLEXE FÖRDERPROGRAMME SCHRECKEN AB Der Berliner Mietendeckel ist das Symbol für Widersprüche zwischen bezahlbarem Wohnen und Klimaschutz. Deckeln wir die Miete und damit die Refinanzierungsmöglichkeiten energetisch modernisierter Wohnungen noch weiter, werden Eigentümerinnen und Eigentümer nicht umfassend modernisieren. Lassen wir hohe modernisierungsbedingte Mieterhöhungen zu, überfordern wir viele Mietende. Nun kann die verbesserte und ausgeweitete Bundesförderung die Finanzierungslücke zur Warmmietenneutralität teilweise schließen. Komplexe Förderprogramme schrecken aber nach wie vor viele Eigentümer ab.

Auch der CO₂-Preis soll energetische Modernisierungen anregen. Hier streiten Koalitionsparteien und Ministerien momentan, wer die Mehrkosten tragen soll – Mietende oder Vermietende. Doch aus vermiedenen CO₂-Kosten lässt sich noch keine Modernisierung finanzieren. Wir brauchen also dringend eine wirkungsvolle und sozialverträgliche Gesamtsystematik aus Mietrecht, Förderung und CO₂-Bepreisung. Die Einnahmen aus dem CO₂-Preis im Gebäudebereich müssen zur Deckung der Finanzierungslücke bei Modernisierungen eingesetzt werden.

ABSCHIED VON ÜBERTRIEBENER EFFIZIENZDOGMATIK Ein ganzheitlicher Ansatz ist ebenfalls im Zusammenspiel zwischen Wärmeschutzmaßnahmen und dem Einsatz erneuerbarer Energien notwendig. „Efficiency First“ ist bisher der umweltpolitische Leitgedanke. Dies ist insofern richtig, als man die Energieeffizienz bei einem Großteil der Gebäude noch deutlich erhöhen muss, um in den Gebäuden überhaupt eine effiziente erneuerbare Wärmeversorgung zu ermöglichen. Doch es ist unbezahlbar, bautechnisch unrealistisch und auch klimapolitisch unsinnig, bis 2045 sämtliche Gebäude auf den Wärmeschutzstandard eines KfW-Effizienzhauses 40 oder 55 zu modernisieren, Förderung darauf zu beschränken oder gar eine entsprechende Sanierungspflicht festzulegen.

Hier brauchen wir ein differenziertes Vorgehen. Manche Gebäude lassen sich auf diese anspruchsvollen Standards modernisieren. In der Realität ist es aber besser, für den Großteil einen Wärmeschutz von 30 Prozent unterhalb des Neubaustandards anzustreben. Der Rest zur Klimaneutralität lässt sich weit günstiger und effizienter durch erneuerbare Energieversorgung erreichen. Der Deutsche Verband hat unter der Leitung des ehemaligen Oberbürgermeisters von Ludwigsburg, Werner Spec, ein Jahr lang in einem interdisziplinär und sektorenübergreifend besetzten Runden Tisch neue Ansätze für mehr Klimaschutz erörtert. Ende Juni 2021 werden die daraus entstandenen Handlungsempfehlungen vorgestellt. «



Ein ganzheitlicher Ansatz ist im Zusammenspiel zwischen Wärmeschutzmaßnahmen und dem Einsatz erneuerbarer Energien notwendig, meint Verbandspräsident Groschek.

Michael Groschek, Präsident des Deutschen Verbandes